

Grundsatzpapier 2007 Fachbereich Schule & KSJ

Selbstverständnis

Der Fachbereich Schule und KSJ der Katholischen Jugend Österreich versteht sich als Plattform von Haupt- und Ehrenamtlichen, die Schüler/innen mit ihren Anliegen und Interessen ernst nimmt und sowohl öffentlich als auch innerkirchlich vertritt.



Aufgabe des Fachbereichs ist es, Räume zu schaffen, um Engagement für und von Schüler/innen zu ermöglichen und zu unterstützen. Die Verwirklichung von Projekten basiert auf dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes und erfolgt in demokratischen Prozessen.

Der Fachbereich ist parteipolitisch unabhängig, offen für Kooperationen mit Schüler/innen- und anderen (Jugend)Organisationen und rückt in seinen Angeboten und Aktionen die Lebenswelt der Schüler/innen in den Mittelpunkt.

Die Anliegen des Fachbereichs sind die aktive Beteiligung am öffentlichen Diskurs zum Themenbereich Schule und Bildung sowie die verstärkte innerkirchliche Auseinandersetzung mit der Zielgruppe Schüler/innen und ihrem Lebensraum.

Gesamtschule

Das Niveau der einzelnen Schulen zu verbessern ist wichtiger, als eine gesamte Umstrukturierung des Schulsystems ohne methodische Veränderung des Unterrichts.

Die Veränderung der Unterrichtsmethodik und Lehrstoffvermittlung steht für uns im Vordergrund, nicht die Gesamtschule als Organisationsform. Denn solange andere Organisationsformen – Gymnasium oder Hauptschule bestehen bleiben, werden Gesamtschulen nicht in vollem Ausmaß erfolgreich sein können.

Sprachliche Probleme müssen durch sprachliche Förderungen für alle Schüler/innen ausgeglichen werden, denn auch bei Schüler/innen mit deutscher Muttersprache sind Defizite hinderlich am Schulerfolg. Auch aus diesem Grund muss die Unterrichtsmethodik an die Bedürfnisse der Schüler/innen angepasst werden.

Die Entscheidung der Berufswahl soll zu einem späteren Zeitpunkt in der Schullaufbahn stattfinden. Ebenso soll sich die Wertschätzung an Schule und Bildung in der Gesellschaft erhöhen, und so die Bereitschaft von Lehrer/innen zu innovativen didaktischen und pädagogischen Ansätzen im täglichen Schulbetrieb steigen.

Ganztageschule

Wir sprechen uns für die Form der Ganztageschule aus, wenn alle Schüler/innen einer Klasse diese Form wählen, sodass der Unterricht didaktisch entsprechend gestaltet werden kann.

Falls eine Schule die Form der Ganztageschule verwirklicht, befürworten wir das verschränkte System, in dem Freizeit und Unterricht gestaltet werden. Voraussetzung dafür ist, dass adäquate Schulräume geschaffen werden. Eine individuelle Förderung der Schüler/innen ist von der Schule im gleichen Maße zu gewährleisten wie eine qualitativ wertvolle Freizeitgestaltung. Dabei gehört eindeutig geklärt wer welche Angebote für Schüler/innen setzt. Es ist für uns wichtig, dass Schüler/innen bezüglich der Angebote mitbestimmen können. Wir sind weiters überzeugt, dass Lehrer/innen nicht die geeigneten Freizeitbetreuer/innen

sind, solange sie Schüler/innen beurteilen müssen.

Voraussetzung für eine gelungene Ganztageschule sind neu überdachte Schwerpunkte in den Lehrplänen, denn die Qualität der Schule steht im Mittelpunkt des Interesses.

LehrerInnenausbildung

Wir plädieren für die Lehrer/innenausbildung nach dem Vorschlag der Zukunftskommission¹, allerdings mit Verkürzung der Orientierungsphase zu Gunsten Pädagogischer und psychologischer Grundbildung im Baccalaureatsstudium und vermehrter fachdidaktischer Stunden im Masterstudium. Entsprechende Eignungstests erfolgen nach der Orientierungsphase.

Das Ziel muss die endgültige Verankerung des Baccalaureats- und Masterstudiums auf universitärer Ebene sein. Eine Doppelgleisigkeit zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universität soll vermieden werden. Der nahtlose Übergang vom Baccalaureatsstudium zum Masterstudium muss sicher gestellt werden.

Die Praxiseinheiten sollen von der derzeitiger Ausbildung auf den Pädagogischen Akademien übernommen werden, weil wir der Meinung sind, dass nicht nur die Konfrontation mit der Praxis von Bedeutung ist, sondern dass das eigene praktische Handeln jedes/ jeder Studierenden schon während des Studiums essentiell wichtig ist. Ebenso muss die Fachdidaktik auf den Universitäten adaptiert und modernisiert werden.

Religions- und Ethikunterricht

Als Katholische Jugend treten wir für die langfristige Beibehaltung des Religionsunterrichts ein.

Der Ethikunterricht soll als Ersatzpflichtgegenstand, in den Fällen, wo sich SchülerInnen vom Religionsunterricht abmelden, für alle Schulen und Schulstufen übernommen werden.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer fundierten, gesetzlich festgeschriebenen Aus- und Weiterbildung für Ethiklehrer/innen. Diese Ausbildung soll auf universitärer Ebene interdisziplinär stattfinden.

Überdies fordern wir einen einheitlichen, verbindlichen Rahmenlehrplan, welcher unter Berücksichtigung und im Einklang mit den konfessionellen Lehrplänen erstellt werden soll. Die ausreichenden Erfahrungen mit den bisher unterschiedlichen Ethiklehrplanmodellen sollen in die Erstellung mit einfließen.

Fundierte fachspezifische Lehrmaterialien sind als Grundlage für einen gelungenen Unterricht unabdingbar.

Mitbestimmung in der Schule

Seit 1974 ist das Recht der Schüler/innen zur Mitbestimmung im SchUG verankert. Die darin festgehaltenen Richtlinien sind bis heute nur ungenügend in die Praxis umgesetzt. Immer noch fehlen im Schulalltag Zeit und Raum zum Erleben demokratischer Prozesse. Verschärft wurde diese Situation durch Stundenkürzungen, die in der Folge mögliche Freiräume noch mehr als ohnehin einschränken. Dies führt dazu, dass das Schulleben betreffende Informationen nicht an die Schüler/innen gelangen, Diskussionen zur Meinungsbildung nicht stattfinden und daher wenig Transparenz über Funktionen und Prozesse vorhanden ist. Demokratische Vorgänge in der Schule müssen mit der eigenen Lebensrealität aller Beteiligten in Beziehung gesetzt, in diese integriert und gelebt werden.

¹ Die Zukunftskommission (2005) ist eine von der damaligen Bildungsministerin Elisabeth Geherer eingesetzte Kommission für das Schulwesen. Zunächst sollen alle LehrerInnen (inklusive KindergartenpädagogInnen) eine gemeinsame Grundausbildung in Form eines Bachelor-Studiums absolvieren. Daran schließen unterschiedliche Masterstudiengänge an.

Für die konkrete Umsetzung fordern wir ...

- Stärkung der Bundeschüler/innenvertretung durch Direktwahl
- Demokratie lernen als Inhalt in der Lehrer/innenausbildung
- Wahlrecht für Unterstufenschüler/innen
- Arbeitsplatz für Schüler/innenvertretung
- Möglichkeit zur Übergabe der Agenden in der Schüler/innenvertretung
- Anwendung von Demokratie in inhaltlichen und methodischen Fragen im Unterricht
- Ausbau der Schüler/innenseminare, schulintern, landes- und bundesweit
- Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und Weiterbildung in schulischen Belangen
- Erweiterung des Angebotes an bildungspolitischen Zeitungen und Zeitschriften für Schüler/innen
- Budget für Schüler/innenvertretung; Bericht über Aktivitäten, Evaluation und Abrechnung als Gegenleistung
- Anerkennung des Zeitaufwandes und des ehrenamtlichen Engagements (Zertifikat, „Bildungsurlaub“, ..)
- Hauptamtliche Tätigkeit auf Bundes- und Landesebene zur Unterstützung der ehrenamtlichen Schüler/innenvertretung, die demokratisch von den gesetzlichen Schülervereinigungen gewählt. Zu den Aufgaben zählen: Informationen sammeln, aufbereiten und weitergeben,...
- Mitsprachemöglichkeit aller Schüler/innen in „Klassenstunden“
- Klassensprecher/innen die Möglichkeit zur Rücksprache geben, Zeit für die Entwicklung einer Gesprächs- und Konfliktkultur
- Räumlichkeiten zur selbstständigen Nutzung. Ein Raum dient als klassenübergreifender Treffpunkt, Gestaltung des Raumes sollte den Schüler/innen überlassen werden, denn Schule ist auch ein Lebensraum.

Mitglieder des Fachbereiches Schule und Katholische Schüler/innen Jugend Österreich
Schuljahr 2006/07